

Gewerkschaften mahnen Zusage der Landesregierung für das AFI an

Das **Arbeitsförderungsinstitut** verdiene sich mehr Planungssicherheit, sind die sechs Trägerorganisationen des AFI überzeugt. Schon im Dezember 2015 hatte die Landesregierung zugesagt, das sozial ausgerichtete Forschungsinstitut nach der Anzahl der Arbeitnehmer in Südtirol zu finanzieren. "Zu unserem größten Bedauern hat die Landesregierung ihre Verpflichtung bis heute nicht umgesetzt", stellen die Trägerorganisationen ASGB, CGIL AGB, SGBCISL, UIL-SGK, KVV und ACLI fest.

Zumal das AFI ab Herbst die Weiterbildung für Gewerkschaftsvertreter stemmen müsse, sei eine Entscheidung unbedingt notwendig und vor allem dringlich. Das AFI leiste wertvolle Forschungs- und Aufklärungsarbeit im Interesse der Arbeitnehmerschaft und der sozial Schwächeren, betonen die vier Südtiroler Gewerkschaftsbünde und die beiden Sozialverbände. Die Forschungs- und Sensibilisierungstätigkeit des AFI konnte in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut werden. Als weiterer Schwerpunkt soll ab Herbst 2017 die Weiterbildung für Funktionäre und Delegierte der Gewerkschaften anlaufen.

Schon im Dezember 2015 hatte sich die Landesregierung mit dem Tagesordnungspunkt Nr. 33 zu den Landesgesetzesentwürfen Nr. 62/15 und 63/15 verpflichtet, die Finanzierung im Sinne einer Stärkung des Instituts neu zu regeln. Bereits mit Landesgesetz geregelt ist die Übernahme der Kosten für das Landespersonal, das im AFI Dienst tut. Darüber hinaus hat sich die Landesregierung verpflichtet, dem AFI für die Ausübung seiner institutionellen Tätigkeit eine jährliche Zuweisung zu gewähren, welche als Berechnungsgrundlage die durchschnittliche jährliche Anzahl der Arbeitnehmer in Südtirol sowie einen fixen Pro-Kopf-Betrag vorsieht.

"Unsere Erwartung sind 2,00 bis 2,50 € pro Arbeitnehmer, was wir beim Landeshauptmann und der zuständigen Landesrätin auch formell hinterlegt haben", sagen die Träger des AFI. Nun rechnen sie damit, dass die zugesagte stärkere Finanzierung des AFI zügig umgesetzt werde. „Für die Planungssicherheit und die Umsetzung der von uns verabschiedeten Arbeitsprogramme erwarten wir uns einen beherzten Schritt der Landesregierung“, so der Appell der AFI-Träger.

19.07.2017

<http://www.sgbcisl.it/>